

Hessischer Bahnengolf Sportverband e.V.

Rechtsordnung

Teil A

Allgemeine Grundsätze

1. Verhalten der Verbandsangehörigen

Die Mitglieder des HBSV (Vereine, Abteilungen von Vereinen) und deren Mitglieder haben die Satzung und Ordnungen des HBSV und der Vereine einzuhalten und im Verkehr untereinander die Gebote der gegenseitigen Achtung und der sportlichen Fairness zu beachten.

2. Verhalten in den Organen

Soweit die Verbandsangehörigen in den Organen des HBSV und der Vereine tätig sind, haben sie dafür einzutreten, dass die Entscheidungen in den Organen den Satzungen und Ordnungen entsprechen, in der Sache gerecht, recht und unvoreingenommen und in der Form klar und für jedermann verständlich sind.

3. Zuständigkeit der Sportgerichtsbarkeit

Für die Entscheidungen in Streitfällen und die Ahndung von Verstößen gegen die Satzungen und Ordnungen sind der Rechtsausschuss des HBSV und der Rechtsausschuss des DMV, zuständig.

Abweichend davon ist für Entscheidungen über mögliche Verstöße bzw. für Sanktionierungen von Verstößen gegen die HBSV Anti-Doping-Ordnung und die DMV-Doping-Bestimmungen der DMV-Doping-Disziplinarausschuss zuständig.

Gegen eine Entscheidung des DMV-Rechtsausschusses oder des DMV-Disziplinarausschusses bzw. eine Suspendierung durch den Vorsitzenden des DMV-Disziplinarausschusses kann unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges ein Rechtsmittel gemäß § 45 der Sportschiedsgerichtsordnung der Deutschen Institution für Schiedsgerichtsbarkeit e.V. (DIS) (DIS-SportSchO) in der Fassung vom 01.01.2008 eingelegt werden. Die Entscheidung erfolgt, vorbehaltlich einer Abweichenden Vereinbarung der Parteien, durch einen Einzelschiedsrichter. Das anwendbare Recht ist das deutsche Recht.

Nach § 38.2 der DIS-SportSchO kann in einer Streitigkeit, die einen Verstoß gegen Anti-Doping-Bestimmungen zum Gegenstand hat, gegen den Schiedsspruch ein Rechtsmittel zum Court of Arbitration for Sport (CAS) in Lausanne eingelegt werden.

Der HBSV schließt entsprechende Schiedsvereinbarungen mit dem DMV.

4. Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte

Verbrechen und Vergehen im Sinne des Strafgesetzbuches unterliegen der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte, sie können nicht Gegenstand von Verhandlungen vor den verbandsinternen Rechtsinstanzen sein.

Hessischer Bahnengolf Sportverband e.V.

Rechtsordnung

Teil B

Grundsätze der Rechtsorgane

5. Unabhängigkeit des Rechtsausschusses

Der Rechtsausschuss des HBSV ist in seinen Entscheidungen unabhängig. Er richtet sich ausschließlich nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen, den Satzungen und Ordnungen des DMV, des HBSV und der Vereine.

6. Mitglieder des Rechtsausschusses

Die Mitglieder des HBSV-Rechtsausschusses dürfen keinem Organ des HBSV angehören. Die Mitglieder des HBSV-Rechtsausschusses dürfen nicht zugleich Mitglieder des DMV-Rechtsausschusses sein.

7. Befangenheit

Mitglieder des Rechtsausschusses, die den streitenden Parteien angehören und in der Streit- oder Strafsache an den Handlungen der streitenden Parteien mitgewirkt haben oder für diese verantwortlich sind, haben sich für befangen zu erklären. Auf Antrag von mindestens einer am Verfahren beteiligten Partei entscheiden die übrigen Mitglieder des jeweiligen Ausschusses über die Befangenheit eines Mitgliedes.

8. Vollstreckung

Die Urteile und Beschlüsse des Rechtsausschusses sind von den zuständigen Organen des HBSV zu vollstrecken. Die Urteile des HBSV-Rechtsausschusses sind für den gesamten Bereich des Landesverbandes und des DMV rechtsverbindlich.

9. Rechtsinstanzen des HBSV

Rechtsinstanzen innerhalb des HBSV sind:

- a) die Schiedsgerichte (für Verstöße auf dem Sportplatz)
- b) der Landessportausschuss (für Verstöße auf dem Sportplatz)
- c) der Landesrechtsausschuss
- d) der Bundesrechtsausschuss (DMV-Rechtsausschuss) als Berufungsinstanz gegen Urteile des Landesrechtsausschusses.

10. Zuständigkeit des HBSV-Rechtsausschusses

Der Rechtsausschuss des HBSV (HBSV-Rechtsausschuss) ist zuständig

- als Berufungsinstanz gegen Beschlüsse des Landessportausschusses,
- für Rechtsstreitigkeiten zwischen dem HBSV und den Vereinen und deren Mitgliedern,
- für Rechtsstreitigkeiten zwischen den Vereinen,
- für Verfahren gegen Verbandsangehörige (Einzelpersonen), sofern der Verfahrensgrund die Belange des HBSV unmittelbar berührt.

11. Erweiterung des HBSV-Rechtsausschusses

In Verfahren von grundsätzlicher Bedeutung oder besonderer Schwierigkeit kann der Vorsitzende einen Rechtsausschuss durch Hinzuziehen der Ersatzmitglieder erweitern.

12. Unterscheidung

Bei den vom HBSV-Rechtsausschuss zu verhandelnden Verfahren ist zu unterscheiden nach

- Schiedsverfahren,
- Strafverfahren.

13. Schiedsverfahren

Schiedsverfahren dienen der Entscheidung von Streitfällen, in denen die Parteien in der Sachverhaltenswertung und in der Rechtsanwendung abweichende Standpunkte vertreten.

Hessischer Bahnengolf Sportverband e.V.

Rechtsordnung

14. *Beteiligte am Schiedsverfahren*

An Schiedsverfahren können Einzelpersonen, Vereine oder auch der HBSV beteiligt sein. Vereinsorgane handeln für den Verein, sie sind für sich allein nicht verhandlungsfähig.

15. *Entscheidung im Schiedsverfahren*

Die Entscheidung im Schiedsverfahren ergeht durch ein Urteil. Über Maßnahmen, die dem Verfahrenfortgang oder der Verfahrenssicherung dienen, können Beschlüsse gefasst werden.

16. *Strafverfahren*

Strafverfahren dienen der Ahndung von Verstößen gegen die Satzung und Ordnungen des HBSV und der Vereine. In ihnen wird entweder über Strafanträge oder über die Zulässigkeit und Angemessenheit von Strafen verhandelt, die von den zuständigen Organen des HBSV oder seiner Vereine verhängt worden sind, ggf. werden diese Verfahren an das entsprechende zuständige Organ zurückverwiesen.

17. *Beteiligte am Strafverfahren*

Strafverfahren können sich gegen Einzelpersonen, Vereine und den HBSV richten. Der HBSV oder der Verein, der eine Bestrafung fordert oder eine bereits verhängte Strafe bestätigt haben will, hat vor dem Rechtsausschuss die Anklage zu vertreten.

18. *Entscheidung im Strafverfahren*

Die Entscheidung im Strafverfahren ergeht durch ein Urteil. Über Maßnahmen, die dem Verfahrenfortgang oder der Verfahrenssicherung dienen, können Beschlüsse gefasst werden.

19. *Art und Umfang der Strafen*

Strafen sind Verwarnung, Verweis, Geldstrafe (gem. Finanz- und Beitragsordnung Anhang Gebührenordnung) und Sperren.

Sperren sind auf eine Höchstdauer von 2 Jahren begrenzt.

Bei Verstößen gegen die Anti-Doping-Bestimmungen findet abweichend hiervon Teil C der Rechtsordnung Anwendung.

Geldstrafen gegen Einzelpersonen können nur gegen Volljährige verhängt werden.

Hessischer Bahnengolf Sportverband e.V.

Rechtsordnung

Verfahrensgrundsätze

20. Einleitung des Verfahrens

Erstinstanzliche Verfahren sind innerhalb von 3 Monaten nach Kenntnis des Verfahrensgrundes schriftlich anhängig zu machen, spätestens jedoch 1 Jahr nach Entstehen des Verfahrensgrundes. Berufungen und Beschwerden sind innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung des Urteils oder des Beschlusses einzulegen. Die Anträge sind innerhalb von 21 Tagen eingehend zu Begründen. Beweismittel sind möglichst mit der Antragstellung beizufügen.

21. Verfahren in erster Instanz

Das Verfahren in der ersten Instanz dient der Feststellung des Sachverhalts. Es schließt im Schiedsverfahren mit der Entscheidung, im Strafverfahren mit der Strafzumessung ab.

22. Verfahren in erster Revisionsinstanz

Das Verfahren in der Revisionsinstanz dient der Überprüfung des Urteils oder der Beschwerde gegen Beschlüsse in sachlicher und rechtlicher Hinsicht. Neue Beweismittel können vorgebracht werden.

23. Form der Verhandlung

Strafverfahren finden grundsätzlich in mündlicher Verhandlung statt. Schiedsverfahren können schriftlich verhandelt werden, wenn die Parteien ihr Einverständnis erklärt haben. Revisionsanträge werden grundsätzlich im schriftlichen Verfahren entschieden.

24. Revisionsmöglichkeit gegen Urteile

Gegen Urteile und Beschlüsse können unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges Rechtsmittel eingelegt werden und zwar gegen Beschlüsse der Schiedsgerichte und des Landessportausschusses die Berufung an den HBSV-Rechtsausschuss und gegen Urteile des HBSV-Rechtsausschusses die Berufung an den DMV-Rechtsausschuss. Berufungen und Beschwerden sind innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung des Urteils oder des Beschlusses einzulegen. Die Anträge sind innerhalb von 21 Tagen eingehend zu begründen. Beweismittel sind möglichst mit der Antragstellung beizufügen.

25. Zurückverweisung in die Vorinstanz

Hat eine Berufung, Beschwerde oder Revision Erfolg, so kann die Streitsache oder das Strafverfahren an die Vorinstanz zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen werden. Bei der erneuten Entscheidung ist die Rechtsauffassung der übergeordneten Instanz zugrunde zu legen.

Hessischer Bahnengolf Sportverband e.V.

Rechtsordnung

Verfahrensregeln

26. *Klage- und Anklageschrift*

Der Schriftsatz zur Einleitung eines Verfahrens, einer Berufung oder einer Beschwerde ist dem Vorsitzenden des HBSV-Rechtsausschusses durch Einschreiben zuzustellen. Zugleich ist der Nachweis zu erbringen, dass die Verfahrensgebühr an die HBSV-Kasse entrichtet worden ist.

27. *Prüfung des Antrags*

Der Vorsitzende des HBSV-Rechtsausschusses hat den Antrag und die beigefügten Beweismittel zu prüfen. Bei Ausfall des Vorsitzenden bestimmen die Beisitzer seinen Stellvertreter aus ihren Reihen. Er hat den Antragsteller zur Ergänzung der Unterlagen aufzufordern, wenn der Sachverhalt nicht ausreichend dargestellt oder das Antragsbegehren unklar formuliert ist. Er hat den Antrag im Schiedsverfahren der Gegenpartei, im Strafverfahren dem Angeklagten und im Revisionsfall auch der Vorinstanz bekannt zu geben und mit Fristsetzung zur Stellungnahme aufzufordern.

28. *Schriftliches Verfahren*

Soll in einem Schiedsverfahren schriftlich verhandelt werden, so ist das Einverständnis der beiden Parteien schriftlich einzuholen. Bei Vereinen oder dem HBSV ist die Einverständniserklärung von den Vertretern nach § 26 BGB abzugeben.

29. *Vertreter der Verfahrensbeteiligten*

Sind Vereine oder der HBSV am Verfahren beteiligt, sind höchstens 2 Vertreter zugelassen. Es bedarf dabei der schriftlichen Vollmacht der nach § 26 BGB Vertretungsberechtigten.

30. *Ladung zur Verhandlung*

Die Ladung zur mündlichen Verhandlung ist mindestens 14 Tage vorher durch Einschreiben zuzustellen. In besonders dringenden Fällen kann die Ladung auch in kürzerer Frist erfolgen, wenn alle am Verfahren Beteiligten damit einverstanden sind. Der Ort, an dem die Verhandlung stattfindet, ist von dem HBSV-Rechtsausschussvorsitzenden festzulegen.

31. *Fernbleiben von der Verhandlung*

Bleiben Verfahrensbeteiligte - im Schiedsverfahren die streitenden Parteien, im Strafverfahren Angeklagter und Anklagevertreter - bei der Verhandlung aus, so kann ohne diese verhandelt werden. Doch ist die Verkündung des Urteils 14 Tage auszusetzen. Sie erfolgt nicht, wenn die ausgebliebene Partei nachweist, dass sie an dem Versäumnis schuldlos ist und eine erneute Verhandlung beantragt.

32. *Ablauf der Verhandlung*

Die Verhandlung wird von dem Vorsitzenden des HBSV-Rechtsausschusses geleitet. Der Vorsitzende gibt die Zusammensetzung des Ausschusses bekannt und stellt fest, ob die am Verfahren Beteiligten und die Zeugen anwesend sind. Er hat diese zur Wahrheit zu ermahnen. Die Zeugen haben den Verhandlungsraum bis zu ihrer Vernehmung zu verlassen. Nach der Beweisaufnahme erhalten die Verfahrensbeteiligten das Schlusswort. Über die Verhandlung ist ein Protokoll zu führen.

33. *Ordnungsstrafen*

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Verhandlung kann der Vorsitzende des Rechtsausschusses Ordnungsstrafen bis zu einer Höhe gem. Finanz- und Beitragsordnung Anhang Gebührenordnung aussprechen.

Hessischer Bahnengolf Sportverband e.V.

Rechtsordnung

34. Beschlussfassung

Die Beratung des Urteils oder der Beschlüsse ist nicht öffentlich. Vor der Abstimmung ist der Wortlaut des Urteils oder des Beschlusses schriftlich festzulegen. Bei der Abstimmung sind Enthaltungen zulässig. Das Ergebnis ist im Protokoll festzuhalten.

35. Verkündung des Urteils, des Beschlusses

Das Urteil oder der Beschluss des HBSV-Rechtsausschusses ist am Schluss der Verhandlung vom Vorsitzenden zu verkünden, desgleichen die Begründung in ihren wesentlichen Punkten sowie eine Entscheidung über Gebühren und Kosten. Sofern Rechtsmittel gegen das Urteil oder den Beschluss möglich sind, sind die Verfahrensbeteiligten darüber zu belehren.

36. Zustellung des Urteils, des Beschlusses

Den am Verfahren Beteiligten sowie der HBSV-Geschäftsstelle, ist das Urteil oder der Beschluss zuzustellen. Die Bekanntmachung hat zu enthalten:

- Bezeichnung der Rechtsinstanz,
- Zusammensetzung der Rechtsinstanz,
- Zeit und Ort der Verhandlung,
- Namen der Verfahrensbeteiligten,
- Wortlaut des Urteils, des Beschlusses,
- Begründung des Urteils, des Beschlusses,
- Entscheidung über Gebühren und Kosten,
- Rechtsmittelbelehrung,
- Unterschrift des Vorsitzenden der Rechtsinstanz.

Aus der Begründung muss der Sachverhalt, der Gegenstand des Verfahrens war, ersichtlich sein.

Rechtswirksamkeit der Entscheidungen

37. Rechtskraft

Die Urteile und Beschlüsse aller Rechtsinstanzen erhalten 14 Tage nach Zustellung Rechtskraft, sofern nicht innerhalb der Frist ein Rechtsmittel eingelegt worden ist.

38. Wirkung von Rechtsmitteln

Werden Rechtsmittel eingelegt, so entscheidet

- bei Rechtsmitteln gegen ein Urteil oder einen Beschluss des Landessportausschusses der Vorsitzende des HBSV-Rechtsausschusses,
- bei Rechtsmitteln gegen ein Urteil oder einen Beschluss des HBSV-Rechtsausschusses der Vorsitzende des DMV-Rechtsausschusses

über die aufschiebende Wirkung der Rechtsmittel. Es ist dabei auf die Verhältnismäßigkeit der Folgen dieser Entscheidung für Antragsteller, Antragsgegner oder Dritte zu achten.

39. Bekanntgabe

Die Urteile der HBSV-Rechtsinstanzen sind den Organen des HBSV und seinen Mitgliedereinheiten bekannt zu geben.

Hessischer Bahnengolf Sportverband e.V.

Rechtsordnung

Sonderregelungen

40. Einstweilige Verfügung

Der Vorsitzende eines Rechtsorgans ist berechtigt, im Rahmen eines anhängigen Verfahrens eine Einstweilige Verfügung zu erlassen, wenn es zur Aufrechterhaltung eines geordneten Verfahrens und des Sportverkehrs notwendig ist. Die einstweilige Verfügung bedarf der Schriftform. Beschwerden dagegen sind innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung vorzubringen. Sie sind vor dem Rechtsorgan, bei dem das Verfahren anhängig ist, zu verhandeln.

41. Wiederaufnahme des Verfahrens

Die Wiederaufnahme eines von einem HBSV-Rechtsorgan rechtskräftig abgeschlossenen Verfahrens ist nur zulässig,

- wenn neue, während der Verhandlung nicht bekannte Tatsachen vorgebracht werden, die geeignet sind, das ergangene Urteil zu revidieren,
- wenn Verfahrensfehler zweifelsfrei festgestellt und geltend gemacht werden.

Über die Aufnahme des Verfahrens entscheidet der HBSV-Rechtsausschuss.

42. Gnadenrecht, Amnestie

Für die Ausübung des Gnadenrechts ist die Hauptversammlung zuständig. Das gleiche gilt für den Erlass einer Amnestie.

43. Höhe der Gebühren

Die Rechtsmittelgebühren für das Verfahren vor dem HBSV-Rechtsausschuss regelt die Finanz- und Beitragsordnung Anhang Gebührenordnung. Die Gebühren sind vor der Einleitung eines Verfahrens an die HBSV-Kasse zu entrichten.

44. Belastung bei Gebühren

Unterliegt die Antragstellende Partei, so sind die Gebühren verfallen. Obsiegt sie ganz oder zum Teil, so sind die Gebühren ganz oder teilweise zu erstatten.

45. Kostenregelung

Die Mitglieder des HBSV-Rechtsausschusses, die Zeugen und Sachverständigen sowie die Vertreter der obsiegenden Partei haben Anspruch auf Erstattung ihrer Kosten nach den Bestimmungen der HBSV-Finanzordnung. War die obsiegende Partei mit zwei Personen vertreten, so erhält jede dieser Personen 50% der Kosten. Für die Bestellung eines Rechtsbeistandes können Kosten nicht geltend gemacht werden.

46. Belastung der Kosten

Die Kosten des Verfahrens trägt die unterlegene Partei. Ist sie nur zum Teil unterlegen, ist dies bei der Kostenzumessung zu berücksichtigen. Soweit die Kosten nicht von den Parteien zu tragen sind, gehen sie zu Lasten des HBSV.

47. Haftung mit Kosten

Ist die kostenpflichtige Partei eine Einzelperson, so haftet deren Verein oder Verband für die Kosten, wenn diese an dem Verfahren sachlich oder rechtlich beteiligt waren.

48. Disziplinarstrafen

Die Verwaltungsstellen (HBSV-Vorstand) kann – soweit nicht die Rechtsorgane zuständig sind – ohne vorherige Einleitung eines Verfahrens im Falle von leichteren Verstößen gegen die HBSV-Satzung oder sonstige Ordnungen des Verbandes Disziplinarstrafen gegen Vereine, Mannschaften und Spieler ihres Zuständigkeitsbereiches verhängen. Als Disziplinarstrafe sind zulässig:

- die Verwarnung
- eine Geldbuße (die Höhe regelt die Finanz- und Beitragsordnung Anhang Gebührenordnung)

Hessischer Bahnengolf Sportverband e.V.

Rechtsordnung

Diese Strafen können einzeln oder in Verbindung miteinander verhängt werden. Gründe für Disziplinarstrafen sind insbesondere:

- Nichterfüllung von Pflichten gegenüber dem HBSV,
- Spielen trotz Spielverbot,
- Verstöße gegen die Sportordnung,
- Nichtantreten oder verspätetes antreten,
- Verbandsschädigendes Verhalten.

Die Strafen sind vom Vorstand zu verhängen. Die Bestrafung ist gemäß dieser Rechtsordnung bekanntzumachen. Bei Nichteinhaltung einer Zahlungsfrist von 14 Tagen nach Zustellung des Disziplinarbescheides kann die Strafe verdoppelt werden. Dasselbe gilt bei wiederholten Vergehen innerhalb eines Geschäftsjahres.

Hält der Vorstand die Anwendung einer Disziplinarstrafe für unzureichend, so kann er vor dem Landesrechtsausschuss ein Verfahren anhängig machen.

Dem Betroffenen steht das Recht zu, innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung des Disziplinarbescheides beim Landesrechtsausschuss schriftlich Einspruch gegen die Bestrafung zu erheben. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.

Für das anzuwendende Verfahren sowie die Gebühren und Kosten gelten die Verfahrensvorschriften dieser Ordnung.

Hessischer Bahnengolf Sportverband e.V.

Rechtsordnung

Teil C

Grundsätze der Rechtsinstanz DMV-Doping-Disziplinarausschuss

49. Rechtsgrundlage

Der HBSV hat sich Aufgrund § 9.3.11 seiner Satzung eine Anti-Doping-Ordnung gegeben.

50. Vollzug der HBSV Anti-Doping-Ordnung(ADO)

Der HBSV überträgt per „Vereinbarung zur Übertragung des Sanktionsverfahrens“ den Vollzug dieser Ordnung auf den DMV-Doping-Disziplinarausschuss

Teil D

Abschließende Bestimmungen

51. Weitere Regelungen

Soweit der Teil C der Rechtsordnung keine Regelungen trifft, finden die Regelungen des Teils B der Rechtsordnung des DMV entsprechend Anwendung.

52. Wesen der Rechtsordnung

Die Rechtsordnung ist Bestandteil der HBSV-Satzung. Für Änderungen der Rechtsordnung gelten die Bestimmungen über Satzungsänderungen.

53. Vorschriften der Zivilprozessordnung

Soweit von den Rechtsinstanzen Entscheidungen zu treffen sind, über die in der Rechtsordnung Bestimmungen nicht enthalten sind, sind die Vorschriften der Zivilprozessordnung heranzuziehen.